

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr Ad. Schlech, Postlieferant,
Dr. Gerber- u. Breitfritz-Ecke,
Otto Ficklisch, in Firma
J. Penman, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Nachold für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganj Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Nr. 215

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Unions-Expeditionen
A. Hesse, Haschenbeck & Vogler A.
G. J. Danck & Co., Invalidenhaus.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Sonnabend, 25. März.

1893

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 24. März, 12 Uhr.

Die aus dem Abgeordnetenhaus zu erwartende Vorlage, die erhebend Abänderung des Wahlgesetzes, wird zunächst einer nach Schluss der Sitzung zu bildenden Kommission überwiesen.

Als dann wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Oberbürgermeister Bötticher regt Besserstellung der

Arbeitsbeamten an.

Oberfinanzrat Lehnert: Die Regierung kennt die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung sämtlicher Beamten an. So weit es möglich war, ist es auch geschehen. Doch hat die Staatsregierung bisher Abstand genommen, einzelne Beamtenklassen herauszugreifen.

Oberbürgermeister Struckmann glaubt, daß gerade die Archivbeamten so schlecht gestellt sind, daß hier eine Aufbesserung durchaus notwendig ist.

Geheimrat Lehnert macht darauf aufmerksam, daß es sehr schwer zu bestimmen sei, was so notwendig sei, daß es vorweg erfüllt werden müsse.

Oberbürgermeister Bötticher bringt nunmehr einen Antrag ein, die Regierung möge erwägen, in wie weit eine Aufbesserung der Gehälter der Archivbeamten vorgenommen werden können.

Der Antrag wird vom Grafen Biethen-Schwerin, Graf Brühl und Finanzminister Miquel belämpft. Letzterer weist darauf hin, wie gefährlich es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, Ausnahmen zu machen.

Graf Bücker-Burghaus erklärt sich für den Antrag Bötticher.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Statut der landwirtschaftlichen Verwaltung hat Fürst Hassfeld einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, im künftigen Statut die Summen für Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Fußregulierungen und den Dispositionsfonds zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine um insgesamt 2½ Millionen zu erhöhen.

Prinz Carolath befürwortet wilsamen Schutz der Ortschaften in der Niederschlagung gegen Wassergefahr.

Minister v. Heyden erklärt, eine bestimmte Antwort noch nicht geben zu können.

Freiherr v. Durant regt eine gründlichere Prüfung beim Angebot für Rentengüter durch die Generalkommission an.

Minister v. Heyden erwidert, da das Rentengütergesetz auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe, könne die Generalkommission nichts weiter thun als darauf zu sehen, daß lebensfähige Güter geschaffen werden. Sie werde von Jahr zu Jahr in sichere Bahnen kommen.

Oberbürgermeister Struckmann verlangt Vermehrung der landwirtschaftlichen Mittelschulen.

V. Nevezow unterstützt diese Anregung.

Minister v. Heyden erwidert, wenn die Kreise und Provinzen die Schulen nicht halten könnten, müßten sie entweder eingehen oder auf den Staat übernommen werden.

Graf zu Jun- und Knyphausen fordert Umbau der thierärztlichen Hochschule zu Hannover auf Erweiterung des Lehrplans.

Minister v. Heyden erwidert, die Gleichstellung der Hannoveraner mit der Berliner Anstalt sei geplant.

Graf Frankenberg tritt für den Antrag Hassfeld ein. Die Forderung sei gering, ihre Erfüllung steige jedoch im Interesse vieler Gegenden, besonders Schlesiens.

Minister v. Heyden erkennt an, daß für Fußregulierungen mehr geschehen könne. Der Antrag sei unbedenklich, da die Budgetkommission nur Erwägung derselben verlange. Derartige Erwägungen hätten schon stattgefunden.

Der Antrag Hassfeld wird angenommen.

Oberbürgermeister Bräutke fragt an, ob die Neuregulierung in drei Jahren vollendet sein wird, und ob auch größere Fahrzeuge die Wasserstraße benutzen können und endlich, wann die Regierung eine Erweiterung der Schleusen am Bromberger Kanal vornehmen wird.

Geheimrat Koslowksi: Sofern die nötigen Mittel vorhanden sein werden, wird voraussichtlich die Neuregulierung in drei Jahren vollendet sein. Die Dimensionen werden die des Oder-Spreewals sein. Wann die Bromberger Schleuse erweitert wird, hängt von den Finanzen ab.

Oberbürgermeister Struckmann bringt den Erlaß des Handelsministers über die gewerblichen Fortbildungsschulen zur Sprache. Er halte die Einschränkung der Füschüsse um 10 Prozent für sehr bedauerlich. Nichts sei so geeignet, die Handwerker zu fördern, als die Fortbildungsschulen. Der erfreuliche Aufschwung dieser Schulen sei durch den Erlaß bedenkt, und in vielen Orten werde geradezu ein Stocken eintreten. Was von der Regierung als notwendig anerkannt sei, daran dürfe nicht gespart werden.

Oberbürgermeister Bötticher schließt sich diesen Ausführungen an. Die Fortbildungsschulen, welche ein Segen für die Handwerker seien, seien gerade jetzt in einem erfreulichen Fortschritt begriffen. Um so notwendiger sei ihre Unterstützung. Zu wünschen sei auch, daß diejenigen Direktoren und Lehrer an Gewerbeschulen, welche dies Amt im Nebenamt versehen, auf Lebenszeit angestellt würden.

Minister Dr. v. Berlepsch: Die Frage der definitiven Anstellung der Lehrer ist noch offen zu halten, weil das geeignete Material nicht vorhanden ist. Ich persönlich bin allerdings der Ansicht, daß man mit der Vermehrung definitiv angestellter Lehrer schneller vorgehen muß. Ich werde im nächsten Frühjahr Ihnen wiederum eine Denkschrift über die technischen und gewerblichen Fachschulen zugeben lassen. Die Thatsache, daß die staatliche Unterstützung für die Fortbildungsschulen vermindernd werden mußte, bedauere ich, aber daran war angefischt der Finanzlage nichts zu ändern. Schematisch werden wir selbstverständlich nicht vorgehen,

wir werden die Unterstützungen voll weiter gewähren, wo die Kommunen zur Weitererhaltung der Fortbildungsschule nicht im Stande sind. Nachdem die Ersparnisse aus übertragbaren Fonds aufgezehrt waren und neue Mittel uns nicht bewilligt werden konnten, mußte ich eine Nachprüfung anordnen.

Freiherr v. Durant führt Beschwerde über die dem Ingenieur Paasch widerfahrenen Behandlung in der Untersuchungshaft. Derselbe habe mehrere Tage in einer engen Zelle warten müssen, ehe er vernommen worden sei. Der Minister habe auf eine frühere Beschwerde Ermittelungen zugesagt. Es sei wünschenswert, zu erfahren, welches Ergebnis die Ermittelungen gehabt hätten und in welchem Stadium sich die Angelegenheit Paasch befindet.

Geheimrat Lucas: Die Beschwerden des Paasch sind aufs Eingehendste geprüft und zum Theil nicht unbegründet gefunden worden. So weit das der Fall ist, ist Verfügung an den Staatsanwalt ergangen. So ist betont worden, daß das Versagen von Wein in den ersten Hafttagen, das Versagen des Spaziergangs, das Tragen einer kennzeichnenden Blechmarke für Untersuchungsgefangene nicht angängig sei. Auch hätte die erste Vernehmung den Vorschriften der Strafprozeßordnung nicht genügt. Es wurde Absturz der Mitstände angeordnet. Das ist auch geschehen. Zu erwägen ist zunächst, daß sich diese Maßnahmen nicht gegen die Person des Herrn Paasch, sondern gegen eine ganze Kategorie von Gefangenen richteten. Es entbehrt daher die frühere Unterstellung, als sei die Gefängnisverwaltung gegen Paasch speziell mit unerhörter Rigorosität vor gegangen, des Beweises. Die Mitstände sind, so weit sie vorgetragen sind, ziemlich geringfügiger Natur und beruhen in gewissen örtlichen Unzuträglichkeiten. Bei Prüfung der Beschwerden ist die Gefängnisverwaltung mit einem bedeutenden Maß von Rücksichtnahme auf das Wohl der Gefangenen verfahren. Das Verfahren gegen Herrn Paasch zu verzögern, hat die Staatsregierung keinen Grund.

Zum Statut der landwirtschaftlichen Verwaltung hat Fürst Hassfeld einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, im künftigen Statut die Summen für Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Fußregulierungen und den Dispositionsfonds zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine um insgesamt 2½ Millionen zu erhöhen.

Prinz Carolath befürwortet wilsamen Schutz der Ortschaften in der Niederschlagung gegen Wassergefahr.

Minister v. Heyden erklärt, eine bestimmte Antwort noch nicht geben zu können.

Freiherr v. Durant regt eine gründlichere Prüfung beim Angebot für Rentengüter durch die Generalkommission an.

Minister v. Heyden erwidert, da das Rentengütergesetz auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhe, könne die Generalkommission nichts weiter thun als darauf zu sehen, daß lebensfähige Güter geschaffen werden. Sie werde von Jahr zu Jahr in sichere Bahnen kommen.

Oberbürgermeister Struckmann verlangt Vermehrung der landwirtschaftlichen Mittelschulen.

V. Nevezow unterstützt diese Anregung.

Minister v. Heyden erwidert, wenn die Kreise und Provinzen die Schulen nicht halten könnten, müßten sie entweder eingehen oder auf den Staat übernommen werden.

Graf zu Jun- und Knyphausen fordert Umbau der thierärztlichen Hochschule zu Hannover auf Erweiterung des Lehrplans.

Minister v. Heyden erwidert, die Gleichstellung der Hannoveraner mit der Berliner Anstalt sei geplant.

Graf Frankenberg tritt für den Antrag Hassfeld ein. Die Forderung sei gering, ihre Erfüllung steige jedoch im Interesse vieler Gegenden, besonders Schlesiens.

Minister v. Heyden erkennt an, daß für Fußregulierungen mehr geschehen könne. Der Antrag sei unbedenklich, da die Budgetkommission nur Erwägung derselben verlange. Derartige Erwägungen hätten schon stattgefunden.

Der Antrag Hassfeld wird angenommen.

Oberbürgermeister Bräutke fragt an, ob die Neuregulierung in drei Jahren vollendet sein wird, und ob auch größere Fahrzeuge die Wasserstraße benutzen können und endlich, wann die Regierung eine Erweiterung der Schleusen am Bromberger Kanal vornehmen wird.

Geheimrat Koslowksi: Sofern die nötigen Mittel vorhanden sein werden, wird voraussichtlich die Neuregulierung in drei Jahren vollendet sein. Die Dimensionen werden die des Oder-Spreewals sein. Wann die Bromberger Schleuse erweitert wird, hängt von den Finanzen ab.

Oberbürgermeister Struckmann bringt den Erlaß des Handelsministers über die gewerblichen Fortbildungsschulen zur Sprache. Er halte die Einschränkung der Füschüsse um 10 Prozent für sehr bedauerlich. Nichts sei so geeignet, die Handwerker zu fördern, als die Fortbildungsschulen. Der erfreuliche Aufschwung dieser Schulen sei durch den Erlaß bedenkt, und in vielen Orten werde geradezu ein Stocken eintreten. Was von der Regierung als notwendig anerkannt sei, daran dürfe nicht gespart werden.

Oberbürgermeister Bötticher schließt sich diesen Ausführungen an. Die Fortbildungsschulen, welche ein Segen für die Handwerker seien, seien gerade jetzt in einem erfreulichen Fortschritt begriffen. Um so notwendiger sei ihre Unterstützung. Zu wünschen sei auch, daß diejenigen Direktoren und Lehrer an Gewerbeschulen, welche dies Amt im Nebenamt versehen, auf Lebenszeit angestellt würden.

Minister Dr. v. Berlepsch: Die Frage der definitiven Anstellung der Lehrer ist noch offen zu halten, weil das geeignete Material nicht vorhanden ist. Ich persönlich bin allerdings der Ansicht, daß man mit der Vermehrung definitiv angestellter Lehrer schneller vorgehen muß. Ich werde im nächsten Frühjahr Ihnen wiederum eine Denkschrift über die technischen und gewerblichen Fachschulen zugeben lassen. Die Thatsache, daß die staatliche Unterstützung für die Fortbildungsschulen vermindernd werden mußte, bedauere ich, aber daran war angefischt der Finanzlage nichts zu ändern. Schematisch werden wir selbstverständlich nicht vorgehen,

Inserate, die schriftgestaltete Beiträge über ihren Namen
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den besagten
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

Inserate fordert Nachweisungen darüber, wie viel Geistliche ein standesgemäßes Einkommen nicht haben.

Graf Büttner-Burghaus bittet um Einrichtung eines Lehrstuhls für Homöopathie.

Minister Dr. Bosse erwähnt, ein Lehrstuhl für Homöopathie könne nicht eingeschafft werden, ohne daß die Fakultäten gefragt werden, und hier habe man ein Bedürfnis dafür noch nicht erkannt.

Oberbürgermeister Schmieding erwidert, daß der Minister verfügt habe, daß Lehrer an höheren städtischen Anstalten, wenn sie an staatliche Schulen übergingen, an das Ende derAncientitätsliste kämen.

Geheimrat Stauder erwähnt, die Verfügung solle verhindern, daß unbrauchbare Lehrkräfte von den Städten auf den Staat abgestoßen würden.

Auf eine Frage des Oberbürgermeisters Bender erwidert Minister Bosse, er habe unmöglich dem Wunsch der Stadt Görlitz, einem Stadtschulrat die Besitznisse eines Kreisschulinspektors zu übertragen, nachgeben können, weil damit ein städtischer Beamter ein staatlches Aufsichtsrecht erhalten würde. Das Recht des Staats könne er nicht ohne Garantie aus der Hand geben. Die Rechte der städtischen Schuldeputation sollten nicht beschränkt werden.

Prinz Carolath spricht den Wunsch aus, daß die Besuchzeit der Museen und die Nationalgalerie verlängert werde, insbesondere am Sonntag.

Minister Bosse sagt Erfüllung dieses Wunsches schon im April zu.

Damit ist die Staatsberatung erledigt.

Nächste Sitzung: unbestimmt.
(Schluß 5½ Uhr.)

Deutschland.

Berlin, 24. März. Die Erörterungen über die Ahlwardt-Debatte dauern in der Parteipresse fort, und die Sitzung vom 22. März enthält ja auch in der Fülle ihrer Episoden Stoff genug, um noch für längere Zeit die Deffenlichkeit zu beschäftigen. Mehrfach wird von einem taktischen Fehler der Freisinnigen geprahnt, die dem Abg. Stöcker mit seiner Diversion auf das allgemeinere Gebiet der Parteipolitik "ins Garn gelassen sein sollen." Wir können bei objektivster Würdigung der Debatte nicht finden, daß dieser Tadel zutrifft. Die Absicht Stöckers war geschickt genug, aber sie ist ihm von der anderen Seite her vereitelt worden, und er hat am Ende doch nichts Anderes erreicht, als daß er "als höherer Ahlwardt" mit in die Berurtheilung einbezogen wurde, in die das Strafgericht dieser denkwürdigen Mittwochsitzung ausmündete.

Wenn die Konservativen und erst recht die Antisemiten es anders darstellen, so kann man das schon verstehen, aber es wird durch ihre gefärbte Darstellung nicht wahrer. Zu einigen Bemerkungen gibt auch das Verhalten des Zentrums Unrecht. Während die Nationalliberalen und die Freikonservativen sich nur durch kurze Bemerkungen zur Geschäftsaufordnung formal an der Debatte beteiligten, schickte das Zentrum zweimal den Abg. Lieber vor, und die vielleicht stärkste Brandmarkung Ahlwardts kam aus dem Munde dieses Redners. Eine außerliche Erklärung läge darin, daß der Berichterstatter des Seniorenkongress der Zentrumsabgeordnete Graf Bassestreng war, und daß somit die Fraktion die besondere Verpflichtung fühlten möchte, ihrem verehrten Mitgliede eine weitere tüchtige Rednerkraft zur Seite zu stellen. Aber es gibt noch einen zweiten und tiefreichenden Erklärungsgrund. Das Zentrum ist neuerdings von den Kreuzzeitungs-Konservativen etwas heftig in dem Sinne umschmeichelt worden, daß es den Antisemitismus ebenfalls in sein Programm oder mindestens in seine agitatorische Tätigkeit aufnehmen möge. Manche Leute im Zentrum hätten vielleicht nicht übel Lust dazu, aber die klügeren Führer sehen an dem Beispiel der Konservativen, auf welche Ebene sie mit der Begünstigung der antisemitischen Demagogie gerathen würden, und dem Abg. Lieber möchte so die Gelegenheit willkommen erscheinen, einen scharfen Strich zwischen dem Zentrum und jener gefährlichen Bewegung zu ziehen. Betrachtet man das Verhältnis der Parteien zu der Ahlwardtfrage genauer, so spiegelt die Verhandlung vom letzten Mittwoch die tatsächlichen Zustände sehr getreu wieder. Die Freisinnigen als diejenige Partei, die zumeist in der Schußlinie des Ahlwardianismus steht, hat die stärkste und geru ergriffene Veranlassung gehabt, sich mit Ahlwardt so gründlich wie nur möglich auseinanderzusetzen. Die Konservativen als zum Theil offene Begünstiger und als zum anderen Theil der Begünstigung Verdächtige mußten die nämliche sehr zwangsläufige Nöthigung empfinden, sich von der Person Ahlwardts zu befreien, so gut es eben gehen wollte. Die Nationalliberalen und Freikonservativen, denen der Antisemitismus bisher feindlich noch mit zudringlicher Freundlichkeit besonders

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Zur Durchführung des Polizeikostengesetzes fehlt es an der nötigen Zahl von anstellungsfähigen Schuleuten.

Oberbürgermeister Bötticher verlangt, daß das Nachtwachtwesen der Stadt Magdeburg möglichst bald vom Staat abgenommen werden möge.

Ministerpräsident Graf Eulenburg: Zur Durchführung des Polizeikostengesetzes fehlt es an der nötigen Zahl von anstellungsfähigen Schuleuten.

Oberbürgermeister Bötticher bittet, wenigstens einige der vorhandenen städtischen Nachtwächter auf den Staatsdienst zu übernehmen.

Ministerpräsident Graf Eulenburg sagt Berücksichtigung dieses Wunsches zu, so weit es immer angängig sei.

Graf Böttner-Schwerin bittet den Kultusminister, den Wünschen der Generalsynode bezüglich Selbstständigkeit der evangelischen Kirche mehr Folge zu geben.

Kultusminister Dr. Bosse: In Bezug auf das kirchliche Beuerungsrecht sind wir der Generalsynode weit entgegengekommen. Ueber die Steuergrenze von 6 Prozent wird auch die Generalsynode nicht hinausgehen wollen. Der Erfüllung des Wunsches, daß die Zustimmungserklärung zu einem von der Generalsynode beschlossenen Gesetz statt vom Gesamtministerium vom Kultusminister ertheilt werde, kann ich nicht zustimmen, weil das nur eine Scheinkonzeption wäre. Auch das Recht des summus episcopus muß dem Landesherrn nach wie vor verbleiben. (Beifall.)

Graf Böttner verwarf sich dagegen, als ob diejenigen, welche die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche erstreben, das Summepiskopat antasten wollten.

Oberbürgermeister Struckmann lenkt die Aufmerksamkeit auf

Debatte halten. Wie das Zentrum zur Sache taktisch sich gestellt hat und, seinen Interessen entsprechend, auch stellen mußte, darüber haben wir oben Einiges gesagt. Was endlich die Sozialdemokratie angeht, so hat gewiß kein Einziger erwartet, daß diese Herren sich am Strafurtheil über Ahlwardt beteiligen würden. Ein Rückblick auf diese parteitaktischen Spezialien ist aus dem Grunde nicht überflüssig, weil sich aus ihrer Beobachtung zugleich ergibt, wie die Einzelnen sich fernerhin zu dem Fragenkomplex verhalten werden, von dem die Verhandlung vom 22. März im Grunde nur einen Ausschnitt gegeben hat. Schon heute sieht man, wenn man die Neuübersetzungen der Blätter verschiedenster Richtung überblickt, daß sich die am Mittwoch angeschlagenen Töne mit derselben Stärke oder Schwäche und jedenfalls in derselben Höhe fortpflanzen. Darum allein ist beinahe zu entnehmen, daß von taktischen Fehlern garnichtgesprochen werden kann, sondern, was am Mittwoch geschehen ist, das hat eben, in jeder Einzelheit und in jeder besonderen Färbung, gerade so sein müssen, wie es gewesen ist, einfach weil die einzelnen Parteien dabei den innersten Bedingungen ihres Wesens gefolgt waren.

△ Berlin, 24. März. Die Behauptung russischer Blätter, daß Deutschland die vertragmäßige Aufhebung des Lombard-Verbots für russische Werthe angeboten habe, ist nach guten Erkundigungen falsch. Wohl aber würde das Verbot tatsächlich wohl fallen, wenn die russischen Bugeständnisse beim Handelsvertrage darnach wären. Nur vertragmäßig will man sich hier nicht binden.

— Während Dr. P. Reichensperger im Wahlkreise Arnsberg bei den letzten Wahlen mit 1500 von 1700 abgegebenen Stimmen gewählt worden ist, hat bei der Nachwahl der Chefredakteur der „Westf. Volksztg.“ Jusang zu Bochum bekanntlich 1513 Stimmen, der Kandidat des Zentrums, Oberrentmeister a. D. Böse zu Münster nur 4729 Stimmen erhalten. Die „Germania“ hat es noch nicht über sich gebracht, dieses Wahlergebnis von ihrem Standpunkt aus zu beleuchten. Wir sehen in dem Ausgang dieser Wahl einen Protest der Wählerschaft, die bisher blindlings den Befehlen des Zentrums folgte, gegen die agrarische Politik der Herren v. Huenne und Genossen. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß ein großer Theil der Wahlkreise in Westfalen und der Rheinprovinz, welche in Folge des Kulturmarsches in die Hände des Zentrums übergegangen sind, vorher fortschrittlich vertreten waren. Nachdem der Kulturmarsch aufgehört hat, beginnt die Wählerschaft sich ihrer politischen Überzeugungen wieder zu erinnern und nicht nur für kirchliche Freiheit, sondern auch für bürgerliche Freiheit einzutreten, welche das Zentrum in dem Bestreben, regierungsfähig zu werden, vernachlässigt hat. Geht das Zentrum auf diesem Wege weiter, so wird es noch mehr Erfahrungen wie diejenige in Arnsberg machen.

Köln, 24. März. Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, ist Kardinal Kremensky heute Morgen nach Berlin abgereist und wird am Sonntag vom Kaiser in Audienz empfangen werden.

Wiesbaden, 24. März. In der Angelegenheit des hiesigen Hoftheaters ist dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ein Bescheid zugegangen, worin der Fortbestand der königlichen Verwaltung unter der Voraussetzung angesagt wird, daß die Aufwendungen der Kronidekkommission auf eine angemessene Höhe zurückgeführt würden.

Erste Versammlung der Posener Provinzial-Abtheilung des Bundes der Landwirthe.

Posen, 24. März.
Die Posener Provinzial-Abtheilung des Bundes der Landwirthe hielt heute Nachmittag im großen Lambertischen Saale ihre erste Versammlung ab. An derselben nahmen nach ungewöhnlicher Schätzung gegen tausend Personen teil, meistens größte und große Grundbesitzer unserer Provinz, aber anscheinend auch eine nicht geringe Zahl Bauern, von denen im Verlaufe der Verhandlungen drei das Wort nahmen. Endlich waren auch mehrere Abgeordnete der Provinz zu der Versammlung erschienen. Der vom Bunde der Landwirthe zum Vorsitzenden der Posener Provinzial-Abtheilung ernannte Rittergutsbesitzer Major a. D. Endell-Miecz sprach kurz nach 3 Uhr die Versammlung. Die Tivoli-versammlung zu Berlin, am 18. Februar d. J., und das zahlreiche Erscheinen der Landwirthe zu der heutigen Versammlung bewiesen deutlich, daß die Bewegung unter den Landwirthen nicht aus Standsucht hervorgegangen sei, sondern ihren tiefen inneren Grund habe. Und diese Bewegung bedeute ferner, daß es mit der Landwirtschaft so nicht weiter gehen könne, daß es vielmehr anders werden müsse. Als der Führer des Bundes, Ruprecht-Ransern, im vorigen Herbst das erlösende Wort gebracht, habe ich eine elementare Bewegung geltend gemacht, wie eine ähnliche in Deutschland noch nicht erlebt worden sei. Aber diese Bewegung sei weit davon entfernt, in falsche Bahnen einzulenden, sie werde den Weg der Loyalität nicht verlassen, sie werde geleitet von der Liebe und Treue zu unserem Kaiser und Herrn. Die Landwirthe hätten es allerzeit als ihre Ehrenpflicht angesehen, treu zu ihrem Herrn zu stehen, und darum wolle auch der Bunde der Landwirthe nicht zerstören, sondern aufbauen und erhalten. Dass auch die heutige Versammlung von dem Geiste der Liebe und Treue zum Kaiser geleitet sei, das bitte er laut zu bestätigen. Brausend stimmte die Versammlung in das Hoch auf den Kaiser ein, und beschloß, das bereits mitgetheilte Kundigungstelegramm abzusenden. Herr Endell-Miecz theilte hierauf mit, daß ihn der Vorstand des Bundes zum Vorsitzenden der Posener Provinzial-Abtheilung ernannt habe. Der Vorsitzende berief alsdann in den Vorstand die folgenden Herren: Landrath v. Dziedomski-Meyeritz, Majoratsverwalter Schmidt-Woslowo, Rittergutsbesitzer v. Hoffmeyer-Zlotnik, Rittergutsbesitzer Falkenthal-Słupowo, Bauer Fetter-Grünwiese und Rittergutsbesitzer Hünnerasky-Charzewo. Der Vorsitzende legte nunmehr in einer längeren Rede die Aufgaben und Ziele des Bundes der Landwirthe dar, dabei einzelne Paragraphen der Satzungen vorlegend und erläuternd; er bedauerte dabei, daß die polnischen landwirtschaftlichen Vereine und Bauern eine ablehnende oder doch abwartende Stellung dem Bunde gegenüber einnehmen, worauf er in der Erläuterung der Ziele und Aufgaben des Bundes fortfuhr. Die Sache des Bundes und der Landwirthe überhaupt sei heute durch die Presse schlecht vertreten, denn nur klein sei die Zahl der Blätter, welche für die Landwirtschaft eintreten. Und gerade an einer Presse für die Bauern mangelt es, die billige Blätter lesen, welche für die Landwirtschaft kein Interesse hätten. Es liege daher dem Bunde ob, gerade für die Bauern eine tüchtige Presse zu schaffen zur Belehrung, aber auch zur Widerlegung aller Angriffe gegen die Bewegung und die Forderungen der Landwirtschaft. Die Presse sei eine gewaltige Macht, das wüssten die Gegner sehr wohl, und verwendeten darum kolossale Summen für sie. Dieses

Beispiel müsse man nachahmen. Zweitens wolle der Bunde für die Wahlen wirken (Trotzdem treibt der Bunde aber bei Leibe keine Politik! Red.) und eine größere Zahl unabhängiger Männer in die Parlamente bringen, die unter allen Umständen die Interessen der Landwirthe vertheidigten. (Deren sind jetzt wohl noch nicht genug da? Red.) Es werde dem Bunde vorgeworfen, daß man ihn zu einer streng konservativen Partei stemmen wolle. Dieser Vorwurf sei unberechtigt. Glaube man denn, der Bunde wäre so thöricht sein, als eine bestimmte politische Partei aufzutreten? Wie würde es dann um die erstreite Einigkeit der Landwirthe stehen, um den Anschluß der nicht konservativen Elemente, namentlich in Süddeutschland? Wer ferner behauptet, die Interessen der großen und kleinen Besitzer seien verschieden, der wolle nur Zwietracht säen. (Sic!). Ebenso gehäuft sei die Behauptung, der Süden und Norden hätten verschiedene Interessen. Die etwa auseinandergehenden Interessen gehörten nicht in den Bunde und wenn solche beseitigt würden, werde man in ganz Deutschland die Landwirthe einigen können. Darum möge ein jeder vertrauensvoll dem Bunde beitreten. Redner geht nun weiteren Anschluß über die Organisation und die Beitragspflicht. Letztere sei durch neuerliche Beschlüsse so geordnet, daß 3 Prozent der Grundsteuer zu zahlen seien überall dort, wo diese über 10 M. betrage, aber nur 2 M. wo die Grundsteuer unter 10 M. betrage. Extra-Beiträge seien sehr erwünscht und willkommen. Die Landwirthe müsten sich, fuhr Redner dann fort, für die Militärvorlage ausspielen, aber auch dahin, daß sie kleinen Handelsvertrag mit Russland haben wollten. Redner schlug schließlich eine Resolution vor dahin, daß die Versammlung sich der in Berlin gesetzten Resolution voll und ganz anschließe.

Die weitere Besprechung leitete hierauf der Abg. v. Tresskov-Rabjewo durch eine längere Rede ein, aus der folgendes wiederzugeben sei. Wenn er zunächst darlegen wolle, warum der Bunde der Landwirthe entstehen müste und wie er entstanden sei, so werde er vielleicht auch manches sagen müssen, was wenig regierungsfeindlich ausgehe. Doch werde dies zu Mißdeutungen nicht führen können, da Redner ein konservativer Mann sei. Die erste Klage der Grundbesitzer sei durch die Grundsteuer-Erhöhung veranlaßt worden, einer für die Landwirtschaft höchst ungerechten und ungünstigen Steuer. Als zweiter Streich sei dann die Ausgestaltung der Heimathsgesetze unter dem Drucke der Freizügigkeit gefolgt. Die Freizügigkeit habe dem Lande die Arbeiter entzogen, ihm aber die Lasten für dieselben nicht abgenommen. In dem Kriege gegen Frankreich 1870/71 habe die Landbevölkerung den Löwenanteil an den Opfern von Gut und Blut gebracht, sie sei dafür aber mit der Goldwährung gestraft worden, wodurch die Schulden der Landwirthe um etwa 28 Prozent erhöht wurden, ohne daß dieselben 1 Pfennig ausgegeben oder verbraucht hätten. Redner kommt dann auf die Arbeitergesetzgebung mit ihren unverhältnismäßigen Lasten für den Grundbesitz zu sprechen und erwähnt auch das Klebegesetz, das man noch, wenn auch mit Murren und Klagen, ertragen habe. Wenn die Regierung aber aus dem Vorwurf gegen die Landwirtschaft, daß sie immer klage, die Meinung gewonnen habe, daß sie der Landwirtschaft nicht zu helfen brauche, so sei solche Ansicht scharf zu tadeln. Tief zu beklagen sei es ferner, daß die Regierung darin gewilligt habe, daß e noch zu niedrige Kornzölle (!) herabgesetzt seien; sie habe damit die Hauptquelle ihrer Kraft sozusagen verstopft. Redner geht hierauf auf die Stellung der Konservativen zu dem österreichischen Handelsvertrag ein und betonte, daß dieselben aus wirtschaftlichen und handelspolitischen Gründen dagegen gestimmt hätten. (Aber lange nicht alle! — Red.) Sei die Landwirtschaft durch die bisherigen Handelsverträge mit Österreich und Italien schon be nachtheilt worden, so werde der beabsichtigte Handelsvertrag mit Russland dem Fasse den Boden vollends ausschlagen, wie der Abg. v. Minnigerode erklärt habe. Russland werde Mittel und Wege finden, die Deutschland gewährten Vortheile wieder illusorisch zu machen, während die deutsche Ehrelichkeit alle Bedingungen, auch die nachtheiligsten erfüllen werde (!). Darüber seien alle mit Ausnahme der Freihändler einig. Und dann müsse auch die um mehr als 30 Prozent niedrigere russische Währung von einem solchen Vertrage abschrecken, der unter diesen Verständen auch der Industrie nichts helfen (!!) könne, die doch für Russland allein nicht produzieren könne. Offenbar erfreue Russland den Handelsvertrag mit Deutschland nur, um seinen ruinirten Kredit zu verbessern, der es ihm ermöglicht, seinen Rüstungen gegen Deutschland ein schnelleres Tempo zu geben. (!!) Wer Russland hierzu behülflich sei, handle nicht patriotisch und gegen den Willen des Volkes (!!). Es wäre hohe Zeit, daß die Regierung mit ihren Zielen endlich offen her vor trete, andernfalls werde sie sich die bisherigen Freunde zu Feinden machen. Redner polemisierte dann in der bekannten Weise gegen die freisinnige Partei, die einen sehr großen Theil der Presse beherrschte und durch dieselbe bis in die kleinsten Orte herab mit großem Geschick für ihre Zwecke zu propagieren wisse. Redner befand noch, daß die Regierung auch in Sachen der Zuckerindustrie, der Spiritusindustrie, der Wollproduktion und dem Schutz des Landes gegen Viehseuchen bisher nicht eine der Landwirtschaft günstige Stellung eingenommen habe. Die Landwirtschaft habe somit Grund genug gehabt, sich enger und fester zur Vertheidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen.

Das Wort erhielt hierauf Dr. Rössle. Er freue sich, daß die Landwirtschaft in ganz Deutschland einmütig auftrete und erkläre, daß sie so nicht bestehen könne. Woher diese Bewegung? Daher, daß verlangt werde, unser Staat solle kein landwirtschaftlicher Staat sein, sondern ein Industriestaat werden. Das aber sei eine falsche Absicht. Deutschland könne kein vorwiegend industrieller Staat werden wie England, es müsse ein landwirtschaftlicher Staat bleiben. Dann müsse man aber auch durch Schutzzölle dafür sorgen, daß die Landwirtschaft soll helfen die Großgrundbesitzer. — Red. bestehen könne. Man preise den Freihandel und verachte die Zölle. Wer den Schutz der Produktion durch Zölle verhindere, der möge auch die volle Verantwortung für die Folgen tragen. Wollen wir gern! — Red.) Und dann die Agitation gegen die Bewegung! Es sei leichter, den Bauern vom Anschluß abzurathen, als ihnen die Ziele klar zu machen. Dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Russland stehe die niedrige russische Valuta entgegen, die sicherlich sofort noch um 30—40 Prozent sinken würde. Redner bestreitet dann einen staatsfeindlichen Charakter der Bewegung; die Landwirtschaftskantinen machen den Bunde keineswegs entbehrlich, die Kammern würden sprechen, wenn sie gefragt würden, der Bunde aber solle sprechen, wenn es die Lage der Landwirtschaft erforderne. Heute bezeugten alle Zeichen, daß der Bunde sprechen müsse, und davon werde er sich durch die zahlreiche Gegnerzahl nicht abhalten lassen.

Nunmehr kamen drei Bauern zum Worte. Der Bauer Fetter-Grünwiese, Kreis Bleichen, ein Besitzer von 60 Morgen, erzählte unter fortwährender Heiterkeit und Zustimmung der Versammlung, wie er seinen Nachbarn den Aufruf von Ruprecht-Ransern im Krug vorgelesen und sie für die Sache zu begeistern versucht habe, wie der Bauer in diesen schweren Zeiten den Roggen verkaufen müsse und mit seiner Familie Kartoffeln essen, wie ihm schließlich das Geld selbst zu Salz fehle. (Und das soll alles durch den Bunde der Landwirthe anders werden? —

Red.) Der Bauer Marquardt aus dem Kreise Wirsitz lagte über die bösen Beleidigungen, welche behaupteten, daß bei dem Bunde nur für die großen Landwirthe etwas herauskomme. Er bat darum um baldige Gründung eines Blattes, das die Bauern lehre, namentlich auch über die Absichten der Sozialdemokratie, die auf dem Lande immer mehr vordringen. Der Borth Witte aus Ruischi lagte über die hohe Einschätzung der Bauern bis zum 7- bis 8-fachen Grundsteuer-Nettertrage, was sie nicht aufwirtschaften könnten. Und dann sollte man die Leute gleich richtig einschätzen, denn das Reklamiren führe sie dem Linksanwalt in die Finger und verursache ihnen viele Scherereien, der Kommission aber unnötige Schreiblost, zu der man schließlich einen besonderen Aktuar anstellen müsse. Das könnte vermieden werden, wenn man auch Bauern in die Einschätzungscommission wähle. Man sollte auch im Uebertretung dafür sorgen, daß die Bauern leistungsfähiger würden, wie sie es in der Mark, in Schlesien und Pommern schon lange sei. Die Beamten müsten mehr Steuern leisten, denn der Patriotismus besteht auch im Geben, nicht bloß im Nehmen.

Es spricht demnächst Gutsbesitzer von Colbe-Wartenberg, welcher Einfluß auf die Wahlen und eine gute Presse fordert. Redner will aber auch das Gewerbe gefördert sehen, deren Vertreter man dann für sich habe. Einen niedrigen Zoll von 5 Mark (!!!) Russland gegenüber hält Redner noch für erträglich, wenn nur durch Staffelfahrte die Möglichkeit geboten sei, das Getreide billig nach dem Westen zu fördern. v. Wendorff-Dziechowa befämpft das Bestreben, den Grundbesitz wie das Kapital zu behandeln, das wäre um so unrichtiger, als der Grundbesitz heute arg verschuldet sei. Die Schulden aber werde man nur tilgen, wenn man dafür sorge, daß die Landwirtschaft einträglicher werde. v. Gersdorf-Parski führt aus, die Krise in der Landwirtschaft röhre aus der Milliardenzeit her, es könne den Landwirten nur durch die Gesetzgebung dauernd geholfen werden. Reichstagsabgeordneter v. Staudy hält die Interessen der Großgrundbesitzer und Kleingrundbesitzer für solidarisch, denn ebenso wie es jenen gehe, so es auch diesen. Den schlechten Stand der Landwirtschaft bezeugten die vielen Substationen, und gerade auch von den großen Besitzern seien viele verschwunden. Weshalb man die Zölle brauche, sei nicht schwer zu erklären. Durch die großartigen Verkehrseinrichtungen werde es einem Lande, das mehr produziere als es brauche, leicht, sein Produkt auf unsern Markt zu werfen und ihn zu ruinieren. Redner erörterte die Wirkung des Handelsvertrages mit Österreich, wies hin auf das Sinnen der Fleischpreise mit der Öffnung der österreichischen Grenze 1891 und beleuchtete dann den möglichen Einfluß eines Handelsvertrages mit Russland, gegen den er sich schon im Reichstage energisch ausgesprochen habe. Eine Herabsetzung des Getreidezolles auf 35 Mark pro Tonne würde der heimischen Landwirtschaft schweren Schaden bringen, da Russland den größten Theil seines Getreides nach Deutschland exportiere. Es sprächen gegen den Handelsvertrag aber auch noch außerordentlich wichtige politische Momente. Der Haß in Frankreich gegen Deutschland sei ein fast fatales und seit Jahren reichen die Franzosen den Russen die Hand mit der ausgesprochenen Absicht, über uns herzufallen, und die alte Grenze wiederherzustellen. Russland stehe wirtschaftlich schlecht, es sei aber nicht klug, es finanziell zu stärken, und darum sei sein Wunsch, wir möchten vor dem Unglück eines Handelsvertrages mit Russland bewahrt bleiben. Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Nachdem Dr. Rössle noch einmal zur Verammlung geladen hat, dankte Herr v. Staudy dem Vorsitzenden für seinen großen Eifer für die Sache des Bundes, worauf die Versammlung ein dröhnelndes Hoch auf ihn ausbrachte. Major a. D. Endell-Miecz sprach dann in seinem Schlussworte allen Teilnehmern seinen Dank aus, wünschte dem Bunde Gedanken und schloß die Versammlung um 6½ Uhr mit einem Hoch auf den Kaiser.

Die Versammlung des Bundes der Landwirthe in unserm Mauerland gibt uns zu besonderen Bemerkungen keine Veranlassung, uns liegt wie jedem vernünftigen Menschen das Wohl der Landwirtschaft, besonders das des Kleingrundbesitzes, am Herzen, aber wir vermögen nicht, in dem Bunde, an dessen Spitze ausschließlich Großgrundbesitzer stehen, die richtige Vertretung der Interessen des gesamten Grundbesitzes zu erblicken. Diese Meinung teilt mit uns eine sehr große Anzahl unserer Mitbürger und sie wird auch durch den Verlauf der hier abgehaltenen Versammlung nicht erschüttert.

Lokales.

Posen, 25. März.

p. Alarmierung der Garnison. Heute früh wurde unsere Garnison plötzlich alarmiert, und bald sah man überall in den Straßen die Soldaten nach den Sammelpläßen eilen. In verhältnismäßig kurzer Zeit standen die Abtheilungen marschbereit und rückten nach dem General-Kommando, um dort die Fahnen abzuholen. Hier entwidete sich ein recht interessantes, militärisches Bild. Von allen Seiten kamen Adjutanten und höhere Offiziere angesprengt, um nach wenigen Minuten wieder davon zu jagen. Die Truppen rückten zum größten Theil aus dem Königsthor heraus.

* Der An und Abzug des Gesindes muß in diesem Jahre, da der 2. April auf einen Sonntag fällt und nach § 42 der Gefindeordnung das Gefinde, falls der gefährliche Umzugstag auf einen Sonntag oder Festtag fällt, schon am Werktag vorher anzuziehen verpflichtet ist, bereits am Sonnabend den 1. April erfolgen.

Vermischtes.

† Allgemeiner deutscher Journalisten- und Schriftstellerstag München 1893. Soeben wird aus München gekündigt, daß die im Auftrage des Ausschusses für das Pensionsstatut von dem ersten Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn L. Bieden, verfaßte „Denkschrift zur Gründung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller“ im Druck erschienen und wird nun in einer Auflage von 3000 Exemplaren an die Presse und die Mitglieder der literarischen Vereine Deutschlands versandt. Mit der Fertigstellung dieser Druckschrift, welche außer dem Statutenentwurf eine ausführliche Begründung enthält, ist eine der wichtigsten und zugleich schwierigsten Aufgaben der Vorarbeiten für den Münchener „Journalisten- und Schriftstellerstag“ glücklich zu Ende geführt. Als festlichen Abschluß der zahlreichen und sehr anstrengenden Sitzungen veranstalteten die Mitglieder des Statutenausschusses“ Dienstag Abend im Restaurant Edel ein Souper, zu welchem die Präsidenten des Hauptausschusses und die Vorsitzenden der Fach-Ausschüsse als Gäste geladen waren. Die hohen Verdienste, welche sich die Mitglieder des „Statuten-Ausschusses“ durch ihre aufopfernde persönliche Mitarbeit, durch die rege Beteiligung an den langwierigen Berathungen um das Zustandekommen des schwierigen Werkes erworben haben, fanden in den, während des Soupers gehaltenen Reden ihre volle Bürdigung und Anerkennung, nicht minder die Verdienste des Münchener „Journalisten- und Schriftsteller Vereins“, der zu dem großen, bedeutenden Unternehmen in so begleiteter Weise die Initiative ergriff. Als Abge-

per April 57,50, per Mai-August 58,75, p. Sept.-Dez. 59,50. — Sitzt fest, ver März 50,70, per April 50,50, p. Mai-August 49,50, ver Sept.-Dez. 44,50. — Wetter: Schön.

Paris., 24. März. (Schluss.) Rohzucker fest, 88 Proz. lost 40,50. Weizener Buder fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per März 43,50, per April 43,75, per Mai-August 44,25, ver Oktbr.-Dez. 37,37^{1/2}.

Havre., 24. März. Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co., Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Haufe.

Ris 13 000 Sac, Santos 9000 Sac Rezeptes für gestern.

Havre., 24. März. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 105,75, per Mai 102,00, p. Sept. 10,75. Raum behauptet.

Amsterdam., 24. März. Vancazzini 56^{1/2}.

Amsterdam., 24. März. Java-Kaffee good ordinary 54^{1/2}.

Amsterdam., 24. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, per März —, per Mai 170. Roggen loto geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 130, p. Mai 126. — Rübbel loto 25^{1/2}, per Mai 25^{1/2}, do. per Herbst 25^{1/2}.

Antwerpen., 24. März. (Telegr. der Herren Wissens und Co.) Wolle. La Blata - Bug. Type B., Mai 4,75 Käufer, Dezember 5,00 bezahlt.

Antwerpen., 24. März. Getreidemarkt. Weizen behauptet.

Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen., 24. März. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Kaffefinries Type wetz loto 12^{1/2} bez. und Br. p. März 12^{1/2} Br. per April-Mai 12^{1/2} Br., per September-Dezember 12^{1/2} Br. Feij.

London., 24. März. 96 p.C. Tabazader loto 16^{1/2} fest, Rübenzucker loto 15 fest.

London., 24. März. Chili-Kupfer 45^{1/2}, per 3 Monat 45^{1/2}.

London., 24. März. Fremde Zufuhren seit letztem Montag:

Weizen 6770, Gertie 20 480, Hafer 52 120 Orts.

Weizen träge, Gerste und Mehl ruhig. Hafer fest zu 1^{1/4}-1^{1/2} sh. höher, Verkäufer. Mais fest aber knapp. Von schwimmendem Getreide Weizen und Gerste ruhig aber stetig. Mais für nahe Lieferungen fest. — Brachtvoll.

Gordon., 24. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen geschäftslos, Preise nominell, fremder Weizen flau, Mehl ruhig. Preise unverändert, Mais ruhig aber stetig, Gerste flau, Hafer ruhig, schwedischer 1^{1/2}, bis 1^{1/2} sh. höher, russischer ruhig aber stetig. Angelkommenes und schwimmendes Getreide ruhig aber stetig. — Wetter: Brachtvoll.

Glasgow., 24. März. Nohelsen. (Schluss.) Mixed numbers warants 40 sh. 9 d.

Glasgow., 24. März. Die Vorräthe von Nohelsen in den Stores laufen sich auf 343 978 Tons gegen 491 615 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 70 gegen 78 im vorigen Jahre.

Liverpool., 24. März. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochen-

umsatz 30 000 B., do. von amerikanisch. 25 000 B., do. für Spekulation —, B., do. für Export 1 000 B., do. für wirkl. Konsum 24 000 B., desgl. unmittelbar ex Schiff 45 000, wirtl. Export 7 000 B., Import der Woche 52 000 B., davon amerikanische 35 000 B., Vorrath 1 654 000 B., davon amerikanische 1 407 000 schwimmend nach Großbritannien 60 000 B., davon amerikanische 50 000 Ballen.

Liverpool., 24. März. Getreidemarkt. Weizen 1^{1/2} d. niedriger, Mehl ruhig, Mais 1^{1/2} d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool., 24. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umfang 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Amerikaner ruhiger, Surats ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4^{55/64}, Mai-Juni 4^{55/64}, Juli-August 4^{15/16}, September-Oktober 4^{1/2}, d. Alles Käuferpreise.

Liverpool., 24. März, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umfang 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen, Weichend.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4^{55/64}, Käuferpreis.

April-Mai 4^{15/16}, Verkäuferpreis, Mai-Juni 4^{55/64}, Käuferpreis, Juni-Juli 4^{27/32}, do., Juli-August 4^{15/16}, Verkäuferpreis, August-September 4^{1/2}, do., Sept.-Okt. 4^{15/16}, Käuferpreis, Oktober-Nov. 4^{55/64}, d. do.

Petersburg., 24. März. Brobustenmarkt. Talg loto 59,00, per August —, Weizen loto 11,25, Roggen loto 8,75, Hafer loto 4,80, Hanf loto 43,00, Leinsaat loto 15,00. — Wetter: Regen.

Newyork., 23. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9, do. in New-Orleans 8^{15/16} Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,55, do. Pipeline Certificates, pr. April 66^{1/4}. Stetig. Schmalz loto 11,80 do. Rohe u. Brothers 11,95. Butter (Fat refining Muscovab.) 3. Mais (New) p. März 52^{1/2}, p. Mai 50^{1/2}, p. Juli 50^{1/2}. Rother Winterweizen loto 75^{1/2}. Kaffee Rio Nr. 7 17^{1/2}. Mehl (Spring clear) 2,40. Getreidebefracht 1. — Kupfer 11,50-11,80. Rother Weizen per März 74^{1/2}, per April —, per Mai 76^{1/2}, per Juli 77^{1/2}. August 78^{1/2}. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 16,75, p. Juni 16,40.

Chicago., 23. März. Weizen per März 73^{1/2}, per Mai 76^{1/2}, Mais per März 41^{1/2}. Speck short clear 10,37^{1/2}. Worf per März 17,37^{1/2}.

Newyork., 24. März. Weizen pr. März 74^{1/2} C., ir. April —, pr. Mai 76^{1/2} C.

Berlin., 25. März. Wetter: Kühl.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin., 24. März. Die heutige Börse eröffnete wieder in recht fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen, besonders aus Wien, vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs ziemlich lebhaft, gestaltete sich aber weiterhin ruhiger, als sich Neigung zu Realisierungen und damit eine Abschwächung der Haltung geltend machte. Der Börsenjubel war aber wieder allgemein beseitigt. Der Kapitalsmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimliche solide Anlagen einschließlich der Deutschen Reichs- und Preußischen Konso. Anleihen auf bei normalen Umlägen. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand gut behauptet bei ruhigem Handel, Russische Anleihen fest, Noten und Ungarische Renten wenig verändert. Der Privatdiskont wurde mit 1^{1/2} Prozent notiert. Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu etwas höher Notiz ziemlich lebhaft um; auch Lombarden fester; andere Österreichische Bahnen behauptet; Schweizerische Bahnen fester und mehr gebandelt. Inländische Eisenbahntickets behauptet und ruhig. Bankaktien fester; die spekulativen Diskonto-Kommandit- und Berliner Handelsgesellschafts-Anteile legten etwas höher ein und schlossen nach einer Abschwächung wieder fester und lebhafter. Industriepapiere fest und zum Theil etwas lebhafter; Schiffsfahrts-Aktien fester; Montanwerthe anfangs fest und ziemlich lebhaft, dann abgeschwächt und wieder fester schließend.

Produkten-Börse.

Berlin., 24. März. An der Newyorker Börse ist Weizen gestern um 1^{1/2} C. gestiegen. Die hiesige Produktenbörse stand heute unter dem Einfluß des schönen Frühjahrswetters, starker Kanalisten mit inländischer Ware und reichlichen Angebots aus den Provinzen. Das Geschäft war still und beschränkte sich in der Hauptsache auf Regulierung der Frühjahrsverbindlichkeiten. Weizenen bühte bei geringen Umlägen ca. 1^{1/2} Mark ein. Roggen war ebenfalls ziemlich still, die Preise zeigten etwas niedriger ein, erholt sich indeß später auf den gestrigen Standpunkt. Hafer still, aber behauptet. Roggenmehl bei kleinem Geschäft wenig verändert. Rübbel nach schwächerem Einfahrt erholt. Von Spätzillus war die Zufuhr kleiner; die Preise zogen um 10 Pfennig an. Termine waren still; die Preise stiegen aber bei großer Zurückhaltung der Eigner um 20 Pfennig.

Zum Schluß des offiziellen Verkehrs ermittelte die Haltung des Getreidemarktes und Roggen ichlos 1^{1/2} M. billiger als gestern.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Worf still. Termine flau. Gefündigt — Tonnen. Kündigungs-

preis — M. Worf 140-155 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 149 M., per diesen Monat — per März-April —, ver April-Mai 150-149,50 bez., per Mai-Juni 151,5-151 bez., per Junt-Juli 152,75-152 bez., per Juli-August 153-152,5 bez., ver August-September — bez., per Sept.-Oktober 155,75 bis 155,25 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Worf schwerfälliger Verkauf. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Worf 124-131 M. nach Qualität, gestern soll statt 133 nur 131 heißen. Lieferungsqualität 127 M., inländischer guter 127-128,5 M., per diesen Monat —, ver März-April —, ver April-Mai 130,5-130,75-130,25 bez., per Mai-Juni 132,5 bis 132,75-132,25 bez., per Junt-Juli 134-133,25 bez., per Juli-August —, per August-September —, per Sept.-Oktober 136,75 bis 136,25 bez.

Geste 1000 Kilogr. flau. Große und kleine 138-175, Futtergerste 115-135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Worf behauptet. Termine wenig verändert. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Worf 140 bis 158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M. Bommerischer und preußischer mittel bis guter 142-145 bez., feiner 146-151 bez., schlechter mittel bis guter 143-146 bez., feiner 147-152 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 144-144,75 bez., per Mai-Juni 142,75-143,25 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Worf unverändert. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Worf 109 bis 124 M. nach Qualität, der diesen Monat —, ver April-Mai 106,25-106 bez., per Mai-Juni 105,5 bez., per Junt-Juli 106-105,5 bez., per Juli-August — bez.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochware 160-205 M. nach Qual. seifte gelegene Victoria bis 245 bez., Futterware 137 bis 149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. Termine ruhig. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — M. per diesen Monat —, per März-April —, ver April-Mai 17,00 bez., per Mai-Juni 17,15 bez., per Junt-Juli 17,30 bez., per Juli-August — bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,25 M. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 10,60 M. Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,50 M.

Rübbel per 100 Kilogr. mit Faz. Behauptet. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Worf mit Faz — M. ohne Faz — M. per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 49,7-50-49,9 bez., per Mai-Juni — bez., per Junt-Juli —, per Juli-August — bez., per August-September —, per Sept.-Okt. 50,8-51,2-51,1 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Kündigungspreis — M. Worf ohne Faz 55,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Worf ohne Faz 35, bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Worf mit Faz — per diesen Monat und per März-April 34,2-34,3 bez., per April-Mai 34,3-34,5-34,4 bez., per Mai-Juni 34,5-34,8-34,6 bez., per Junt-Juli — bez., per Juli-August — bez., per August-Sept. 35,8-36,1-35,9 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,0-19,0 bez., Nr. 0 18,75-16,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,25-16,25 bez. do. seine Marken Nr. 0 u. 1 18,25-17,25 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: I Livre Sterling = 20 M. I Dol. = 4^{1/2} M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. 2 M 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. I France oder I Lira oder I Peseta = 80 P

Bank-Diskonto wechs.v. 24. März.	Brnsch. 20 T.L.	— 104,50 G.	Schw. Hyp.-Pf.	4 ^{1/2}	102,60 bz	Wrhsch.-Teres.	5	102,40 bz	Baltische gar.	5	99,80 bz	Pr.-Hyp.-B.I.(rz. 120)	4 ^{1/2}	Bauges. Humb...	6	132,80 bz G.
Amsterdam.	2 ^{1/2}	8 T.	Cöln-M. Pr.-A.	3 ^{1/2}	168,85 bz	Serb.Gld.-Pfd.	5	90,00 B.	Brest-Grajewoar	3	79,80 G.	do. do. VI. (rz. 10)	5	Moabit	8	149,50 bz G.
London	2 ^{1/2}	8 T.	Dess. Präm.-A.	3 ^{1/2}	147,50 bz	do. Rente ...	5	79,50 bz G.	Gr. Russ. Eis. g	3	97,00 G.	do. div.Ser.(rz.1				